

Pressemitteilung

18. August 2021

18. INSM-Bildungsmonitor

Nach der Corona-Krise droht die Bildungskrise

Berlin – Die Corona-Pandemie hat in allen Bundesländern Schwachpunkte der Bildungssysteme offengelegt. Die Versäumnisse bei der Digitalisierung und anhaltende Konzeptlosigkeit beim Online-Unterricht gehen dabei zulasten der Bildungs- und damit der Chancengerechtigkeit. Darunter leiden vor allem die Kinder und Jugendlichen am meisten, die es ohnehin schwerer haben. Wie groß der entstandene Schaden ist, wird erst in den kommenden Jahren in vollem Umfang erkennbar werden. Die ersten, offensichtlichen Folgen sind beunruhigend und müssen zu einer entschlossenen Zusammenarbeit aller Bildungspolitikerinnen und -politiker führen. Der **18. Bildungsmonitor der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)** zeigt dabei nicht nur, wo die Bundesländer vor besonders großen Aufgaben stehen, sondern auch, welche Länder als positive Beispiele und Vorbilder dienen können. Neben der umfangreichen Analyse des **Instituts der deutschen Wirtschaft (IW)** enthält der INSM-Bildungsmonitor dieses Jahr auch zwei repräsentative Umfragen unter den vorrangigen Bildungsverantwortlichen: Eltern und Lehrkräften.

In der vom Meinungsforschungsinstitut Civey durchgeführten Umfrage sagen bundesweit 56 Prozent der Eltern schulpflichtiger Kinder, dass sie mit den Lernangeboten der Schulen während des vergangenen Schuljahres unzufrieden bzw. sehr unzufrieden waren. 22 Prozent waren zufrieden und lediglich knapp 8 Prozent sehr zufrieden. Die Antworten korrelieren dabei mit der Schulbildung: Je geringer die Schulbildung der Eltern, desto größer deren Unzufriedenheit. Differenziert nach Bundesländern sind Eltern in Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen, Sachsen und Brandenburg besonders unzufrieden. Im Mittelfeld liegen Nordrhein-Westfalen, Hessen, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Saarland und Berlin. Deutlich zufriedener als der Durchschnitt waren Eltern in Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein, Bayern und Niedersachsen.

In einer weiteren Befragung wurden die Lehrkräfte um eine Einschätzung des gegenwärtigen Leistungsstands der Schülerinnen und Schüler gebeten. Rund 47 Prozent der Lehrerinnen und Lehrer sehen bei mehr als der Hälfte oder gar bei fast allen Schülerinnen und Schülern gravierende Lernrückstände durch die besonderen Umstände des letzten Schuljahrs. Etwa 44 Prozent stellen das bei weniger als der Hälfte oder nur bei sehr wenigen fest. Diese sehr heterogenen Ergebnisse zeigen, wie wichtig eine genaue und möglichst individuelle Überprüfung der Lernstände ist. Statt pauschaler Maßnahmen müssen zielgerichtete Angebote erarbeitet werden.

Der Geschäftsführer der INSM, **Hubertus Pellengahr**, erneuert daher die Forderung der INSM nach einem Corona-Aufholprogramm. „Erst mit vergleichbaren Tests den individuellen Status quo feststellen, dann mit Förderunterricht und digitalen Lernangeboten gezielt nachhelfen. Dazu müssen die Lehrkräfte weitergebildet und durch 20.000 IT-Fachkräfte von administrativen Aufgaben entlastet werden.“ Der Studienleiter des IW, **Prof. Dr. Axel Plünnecke**, warnt vor den sich verschärfenden Problemen bei der Bildungsarmut und zunehmender Ungleichheit der Bildungschancen und betont die Bedeutung digitaler Kompetenzen für die künftigen Herausforderungen von Digitalisierung und Klimaschutz. „Mehr Investitionen in hochwertige Kitas und Ganztagschulen, zusätzliche gezielte Mittel zur individuellen Förderung und eine Stärkung von MINT-Kompetenzen sichern Bildungs- und Teilhabechancen des Einzelnen und den nachhaltigen Wohlstand der Gesellschaft.“

Nur noch sehr geringe Fortschritte im Ranking

Die besten Ergebnisse erzielen Sachsen (1.) und Bayern (2.). Auf Platz 3 landet Hamburg, das sich wie das Saarland (5.) verglichen zum Jahr 2013 deutlich verbessert hat. Das Mittelfeld reicht von Hessen (7.) bis Brandenburg (15.). Mit Abstand Letzter ist Bremen. Der Grund: Der kleine Stadtstaat ist Schlusslicht bei den Bereichen Schulqualität und Integration, was sich negativ auf die Gesamtbewertung auswirkt.

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ist ein überparteiliches Bündnis aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Sie wirbt für die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und gibt Anstöße für eine moderne marktwirtschaftliche Politik. Die INSM wird von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektro-Industrie finanziert.

Befund: Im Bildungsmonitor zeigen sich insgesamt nur noch sehr geringe Fortschritte gegenüber dem Bildungsmonitor 2013, dem Jahr, in welchem erstmals die aktuelle Indikatorik Anwendung fand und die Ergebnisse deswegen vergleichbar sind. Die größten Rückschritte gab es bei der Schulqualität (-17,9), bei der Integration (-14,9) und bei der Reduzierung von Bildungsarmut (-3,5). Der aktuelle INSM-Bildungsmonitor bildet datenmäßig den Zeitraum 2018 bis 2020 ab und beschreibt damit die Herausforderungen bis zum Beginn der Corona-Krise. Aktuellere Daten in der Breite sind nicht verfügbar.

Alle Ergebnisse finden Sie auf www.insm-bildungsmonitor.de.

Pressesprecher INSM: Florian von Hennet, Tel. 030 27877 174; hennet@insm.de

Studienleiter IW: Prof. Dr. Axel Plünnecke, Tel. 0221 6981 701; pluennecke@iwkoeln.de

Anhang

Der Bildungvergleich der Länder

	Land	Gesamtergebnis*	
		Punkte (Rang)	
		2021	Veränderung zu 2013
1	Sachsen	66,8	-2,8
2	Bayern	62,9	4,3
3	Hamburg	58,7	9,6
4	Thüringen	58,6	-5,5
5	Saarland	55,0	13,0
6	Baden-Württemberg	53,8	-3,4
7	Hessen	49,3	2,0
8	Niedersachsen	47,4	0,5
9	Mecklenburg-Vorpommern	46,4	-2,9
10	Rheinland-Pfalz	45,4	-2,4
11	Schleswig-Holstein	44,6	0,3
12	Nordrhein-Westfalen	44,5	1,3
13	Berlin	44,4	4,1
14	Sachsen-Anhalt	43,7	-6,4
15	Brandenburg	43,2	0,4
16	Bremen	39,6	-4,7

Quelle: IW Köln; Stand: 06.07.2021

*Alle Indikatoren werden auf einer Punkteskala (0-100) skaliert und sind somit vergleichbar. Die höchste Punktzahl beim Bestandsranking erhält das Bundesland, das insgesamt die höchste Punktzahl über alle 12 Handlungsfelder erreicht. Die im INSM-Bildungsmonitor 2021 dokumentierten Zahlen bilden überwiegend das Jahr 2019 oder 2020 ab. Die Veränderung zu den Vorjahren wurde auf Basis der aktuellen Indikatorik und Methodik berechnet.